

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2018

25. Oktober 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Hälfte der Legislaturperiode vergangen. Zeit, ein Resümee zu ziehen. Mit unserer Veranstaltungsreihe zur Halbzeitbilanz möchten wir gemeinsam mit den SPD-Kreisverbänden im ganzen Land darauf aufmerksam machen, dass die Regierungsarbeit durchaus ausbaufähig ist und weitaus mehr für die Menschen getan werden könnte, wenn Grün-Schwarz sich nicht nach wie vor im täglichen Kleinklein innerkoalitionärer Auseinandersetzungen ver-ausgaben würde. Trotz extrem guter Kassenlage ist das Land in den letzten zweieinhalb Jahren weder bei der Digitalisierung, noch beim Wohnungsbau oder einem modernen Mobilitätskonzept wesentlich vorangekommen. Im Gegenteil: Gerade in der Bildungspolitik scheint es eher wieder einige Schritte zurück zu gehen, gerade was den Ausbau von Ganztagschulen und Inklusion betrifft, von ausreichender Unterrichtsversorgung ganz zu schweigen.

Immer problematischer, um nicht zu sagen gefährlich, entwickelt sich die AfD in Land und Bund. Ihre unsägliche Aktion, eine Internetplattform zu installieren, auf der Schüler ihre Lehrer denunzieren können, erinnert an dunkelste Zeiten in unserer Geschichte. In die gleiche Richtung geht auch der Antrag der Fraktion, nur noch Deutsch auf unseren Schulhöfen zuzulassen. Weil die AfD Mitarbeiter beschäftigt, deren Verfassungstreue und Zuverlässigkeit angezweifelt werden muss, hat der Landtag nun die Regelungen hierzu geändert. Vor der Einstellung von Mitarbeitern der Fraktion und von Abgeordneten muss ein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt werden. Das hat es in der fast siebzigjährigen Geschichte unseres Landtags bisher noch nicht gegeben.

Was mich persönlich – und sicher alle Sozialdemokraten – in den letzten Wochen und Monaten sehr betroffen macht, ist die immer schwieriger werdende Situation der SPD in Land und Bund. Ich stehe nach wie vor hinter der

nicht leichtfertig getroffenen Entscheidung, wieder in eine Große Koalition gegangen zu sein. Nur als Regierungspartei können wir sozialdemokratische Politik auch durchsetzen. Leider wird die gute Arbeit unserer Minister in Berlin nicht gewürdigt bzw. von den, insbesondere durch die CSU provozierten Skandale überdeckt. Ohne die SPD gebe es weder den Mindestlohn, noch eine Rente mit 63, auch keinen flächendeckenden Kita-Ausbau oder jetzt die Wiederherstellung der Parität bei den Sozialversicherungsabgaben. Das desaströse Wahlergebnis in Bayern und unsere stetig sinkenden Umfragewerte machen mir große Sorgen. Wer soll die Interessen der Menschen vertreten, deren Stimme nicht laut genug ist, dies selbst zu tun, wenn nicht die SPD? Grotesk ist, dass die AfD gerade viele dieser Wähler abgreift, obwohl diese Partei nichts, aber auch gar nichts für sie tut, sondern im Gegenteil den funktionierenden und fürsorgenden Staat abschaffen will.

Womit wir ganz sicher nicht weiterkommen, sind immer neue Personaldebatten, auch und gerade im Land. Unsere Lage kann man nicht an einer einzigen Person festmachen. Dass Lars Castellucci für den Landesvorsitz kandidiert, ist sein gutes Recht und demokratisch legitim. Wir werden sehen, was die Mitgliederbefragung und der Parteitag hier ergeben. Nur eines sollte uns als Partei klar sein, dass innerparteiliche Flügelstreite und Personaldebatten unser ohnehin angeschlagenes Image nicht verbessern. Die Menschen wählen nun mal keine Parteien, die sich am liebsten mit sich selbst beschäftigen. Gerade im Hinblick auf die in sieben Monaten anstehenden Kommunalwahlen wäre es wichtig, dass wir uns geeint und breit aufstellen. In einer Partei müssen nicht alle ein und derselben Meinung sein. Unterschiedliche Ansätze und Perspektiven gab es in der SPD schon immer und machen sie als lebendige Volkspartei aus. Doch was wir als Sozialdemokraten keinesfalls vergessen dürfen und was uns eint, ist unser gemeinsames Ziel, sozusagen unsere DNA: Wir kämpfen für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft!

In diesem Sinne wünsche ich Euch eine interessante und anregende Lektüre

Euer Andreas Stoch MdL

Antrag auf Entlassung Ministerin Bauer

In der 69. Sitzung am 26. September berät der Landtag den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP/DVP auf Entlassung von Wissenschaftsministerin Bauer wegen ihres Fehlverhaltens in der Angelegenheit um die ehemalige Direktorin der Ludwigsburger Beamtenhochschule.

Ein Entlassungsantrag ist aus Sicht von SPD-Fraktionschef **Andreas Stoch** kein gewöhnlicher Tagesordnungspunkt, sondern seine Fraktion und die FDP/DVP gingen damit sehr weit, allerdings nicht ohne Grund. Denn mit ihrem Fehlverhalten sei Ministerin Bauer entschieden zu weit gegangen. Sie sei in eine Affäre verwickelt, in der sie das Parlament und die Öffentlichkeit vorsätzlich und mehrfach getäuscht habe. Sie habe ihr Amt missbraucht, um eine angeblich unabhängige Kommission einzusetzen und diese dann an der kurzen Leine zu führen. Sie habe diese in ihrem Sinne und nicht gemäß den Fakten agieren lassen. Die eingesetzte Kommission war nicht unabhängig und diene laut Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts dazu, die Direktorin zum Rücktritt zu drängen. Auch der Umgang der Ministerin mit dem Urteil zur Klage der Hochschuldirektorin gegen ihre Entlassung mache sie als Regierungsmitglied untragbar. Bauer erklärte die Ausführungen im Urteil als „absurd“. Auch eine Ministerin stehe nicht über dem Recht und habe mit diesem Kommentar eine Grenze überschritten, so Stoch.

Außerdem seien wichtige Dokumente mehrfach sowohl dem Untersuchungsausschuss als auch den Gerichten von ihrem Haus vorenthalten worden. Die mangelnde Aufklärungsbereitschaft der Ministerin habe die Arbeit von Justiz und Landtagsausschuss massiv behindert und verzögert. Außerdem habe Bauer ihre Dienst- und Fürsorgepflicht gegenüber einer hochrangigen Landesbeamtin aufs Größte verletzt. Als oberste Dienstherrin hätte sie die Direktorin gegen unberechtigte Anschuldigungen in Schutz nehmen müssen, stattdessen habe sie sie zum Abbruch freigegeben. Stoch hält das Fehlverhalten der Ministerin für unerträglich und ihres Amtes und der Landesregierung für unwürdig. Von Ministerpräsident Kretschmann fordert er, Bauer zu entlassen, wenn diese nicht von allein gehe. Sie habe ihren Amtseid mehrfach und vorsätzlich gebrochen. „Das ist nun keine Stilfrage mehr, sondern gar keine Frage“, so Stoch. „Ein politischer Sumpf wird nicht besser, nur weil er grün ist!“ SPD und FDP/DVP wollten endlich wissen, was wirklich passiert ist. Eine Aufklärung sei allerdings nur möglich, wenn die Ministerin ihres Amtes enthoben ist und das Ministerium die Fakten vollständig und nicht weiter Scheibchenweise liefere.

Unterrichtsausfall auf Rekordniveau

In der 71. Landtagssitzung am 11. Oktober forderte die SPD-Fraktion in einer Aktuellen Debatte die Kultusministerin zum sofortigen Handeln gegen den massiven Unterrichtsausfall auf.

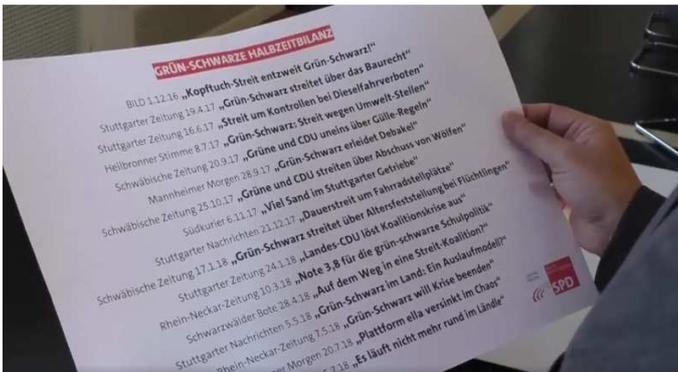


Dr. Stefan Fulst-Blei (Foto Landtag Baden-Württemberg)

Für den bildungspolitischen Sprecher der SPD, **Dr. Stefan Fulst-Blei**, ist es eine Schande fürs Land, dass Eltern sich gezwungen sehen, aufgrund des nie dagewesenen Unterrichtsausfalls vor Gericht zu ziehen. Die Stuttgarter Elternvertretung habe keine andere Möglichkeit mehr gesehen, weil das Kultusministerium nicht einmal mit einer Eingangsbestätigung auf ihre Anfragen reagiert habe. Landesweit seien im Schuljahr 2017/18 rund 12,5 Prozent mehr Unterricht ausgefallen als im Jahr zuvor, bei Gymnasien und beruflichen Schulen sogar anteilig 20 Prozent mehr. Und das, obwohl die Bewerberlage hier gut sei und über 2.000 Lehramtsanwärter auf der Straße stünden. Fulst-Blei kritisiert die Untätigkeit der Kultusministerin als „Arroganz der Macht“. Die Streichung von über 1.000 Lehrerstellen 2017 war eine zentrale Fehlentscheidung und müsse zurückgenommen werden. Spielraum zum Handeln gäbe es durchaus: Es gebe genug Gymnasiallehrkräfte auf der Straße, die die drohende Pensionierungswelle abfedern und auch in Gemeinschaftsschulen angestellt werden könnten. Eine Vollerhebung des Unterrichtsausfalls allein reiche nicht aus. Es müssten Konsequenzen gezogen und klare Ziele formuliert werden. Die SPD fordert, die Rücknahme der 2017 gestrichenen Stellen, den Ausbau der Krankheitsreserve um mindestens 20 Prozent auf 2.000 Stellen und einen Versorgungsgrad an jeder Schule von mindestens 106 Prozent. Außerdem müsse das Entlastungskontingent wieder aufgestockt und die Attraktivität des Lehrberufs gesteigert werden. Ein erster wichtiger Schritt hierbei sei die Weiterbeschäftigung befristet angestellter Lehrer über die Sommerferien. Fulst-Blei fordert die Kultusministerin auf, die Beschwerden der Eltern endlich ernst zu nehmen. Die Klage sei eine Bankrotterklärung für den Bildungsstandort Baden-Württemberg.

Grün-Schwarze Halbzeitbilanz:

Zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode zieht die SPD-Landtagsfraktion Bilanz und die Fraktionsspitze und ihre Fachpolitiker touren derzeit mit mehr als 40 Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „Halbzeitbilanz der Landesregierung: Mehr Schein als Sein – Große Überschriften, kaum Inhalte“ durch ganz Baden-Württemberg.



Als Fraktionsvorsitzender habe ich in den letzten Wochen zahlreiche dieser Halbzeitbilanz-Veranstaltungen durchgeführt. Ich war unter anderem in Freiburg, Tübingen, Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart, Waldshut, Ulm und Aalen und habe dort auf Einladung der örtlichen SPD-Kreisverbände darüber diskutiert, was die Landesregierung bisher geliefert bzw. eher nicht geliefert hat.

Dabei ergab sich ganz klar, dass die so genannte Komplementärregierung aus Grünen und CDU sich selbst blockiert und sich gegenseitig kaum Raum für politisches Gestalten lässt. Sie sichern sich lediglich ihre jeweiligen Machtpositionen und verwalten das Land. In meinen Augen ist das „unterlassene Regierungsleistung“ und wird den Ansprüchen der Menschen in unserem Land kaum gerecht. Grün-Schwarz versteht nicht, dass Macht auch Machen heißt. Was diese Landesregierung bisher geliefert hat, sind große und gut klingende Überschriften, von denen aber bisher kaum etwas umgesetzt wurde. Baden-Württemberg kann nicht mit bloßer Symbolpolitik regiert werden. Deswegen fordern wir als SPD-Fraktion eine Politik, die auch ankommt im Land und den Menschen spürbare Verbesserungen bringt.

Bezahlbarer Wohnraum!

In keiner Weise angemessen hat Grün-Schwarz auf den eklatanten Wohnungsmangel reagiert. Wir brauchen endlich die Einsicht, dass deutlich mehr Geld für die Wohnraumförderung und zusätzliche Bauflächen notwendig sind. Mit einer gemeinnützigen Landesentwicklungsgesellschaft könnte das Land schnell bezahlbaren Wohnraum schaffen und bereitstellen.

Kostenlose Kitas!

Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die frühkindliche Bildung in Baden-Württemberg kostenpflichtig ist und sonst von der Grund- bis zur Hochschule sämtliche Bildungsangebote kostenfrei sind. Gerade für Kinder aus einkommensschwächeren Familien ist eine gute und professionelle frühkindliche Bildung fundamental für eine erfolgreiche schulische und berufliche Laufbahn. Wir fordern den Einstieg in die Gebührenfreiheit und wollen 120 Millionen Euro pro Jahr für ein kostenfreies Kindergartenjahr investieren. Gleichzeitig muss die Qualität der Einrichtungen gesichert und eine Fachkräfteoffensive für mehr und gutes Kita-Personal ins Leben gerufen werden.

Digitalisierung!

Aktuell sind nur 83 Prozent aller Haushalte in Baden-Württemberg ans schnelle Internet angeschlossen. Es geht viel zu langsam voran. Wir müssen den Kommunen durch einfachere Antragstellung und schnellere Förderverfahren helfen. Auch beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen muss es endlich vorangehen.

Verkehrsinfrastruktur!

Die versprochene Mobilitätswende ist immer noch nicht in Sicht. Die Staus werden immer länger, Fahrverbote drohen. Angekündigte moderne Mobilitätskonzepte lassen weiter auf sich warten. Wir brauchen Planungssicherheit und angemessene Förderrichtlinien für den schnellen Ausbau des ÖPNV sowie eine landesweit koordinierte Tarifvereinfachung.

Gesundheitsversorgung!

Grün-Schwarz hat die Mittel für den Krankenhausbau 2017 um 57 Millionen Euro gekürzt. Die SPD fordert ab 2019 eine Erhöhung der Krankenhausförderung von 438 auf 493 Millionen Euro und ein Sonderprogramm von 100 Millionen Euro für den digitalen Ausbau der Kliniken. Außerdem haben wir ein Zehn-Punkte-Programm erarbeitet, um die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern.



Über 40 Halbzeitbilanz-Veranstaltungen in Baden-Württemberg

Aktionstag „Wohnen im Alter“

Der demografische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen: Mit steigendem Alter wächst der Betreuungs- und Pflegebedarf. Dennoch möchten die meisten Menschen nicht auf einen individuellen und selbstbestimmten Lebensabend verzichten. Maßgeblich für die Lebensqualität im Alter sind die Wohnsituation und die dabei angebotenen Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten.

2015 wurde unter SPD-Sozialministerin Katrin Altpeter mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz eine grundlegende Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur in Baden-Württemberg ermöglicht. Dieses Gesetz hat Auswirkungen auf die Kommunen, die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis Heidenheim, aber auch auf die individuellen Vorstellungen und Wünsche der Menschen hinsichtlich ihrer Wohnsituation im Alter.

Diesem brisanten Thema habe ich gemeinsam mit meiner Emmendinger Fraktionskollegin und sozialpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sabine Wölfle, und dem Heidenheimer Kreisseniorenrat einen Aktionstag „Wohnen im Alter“ gewidmet. Am 24. September haben wir gemeinsam mit Vertretern der jeweiligen SPD-Ortsvereine drei unterschiedliche Seniorenheime im Wahlkreis besucht und sind sowohl mit den Trägern wie auch mit den kommunal Verantwortlichen ins Gespräch gekommen.



Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung (li), und Regional- und Hausleiter Jan Mehner (2.v.l.) führen durch den Neubau im Seniorenzentrum Hansegrisreute, der durch sein modernes Wohngruppenkonzept und helle, großzügige Räume besticht.

Die Kommunen im Kreis kommen den veränderten Vorstellungen und Wünschen der Menschen zunehmend entgegen und versuchen gemeinsam mit den Trägern, möglichst moderne, individuelle und wohnortnahe Wohn- und Pflegeangebote bereitzustellen.



Sabine Wölfle als sozialpolitische Expertin der SPD-Landtagsfraktion stellte sich vielen Interessierten und beantwortete deren Fragen.

Die anschließende Abendveranstaltung im Haus Ugental im Dorf in der Stadt traf auf ungemein großes Interesse. Mit rund 70 Personen diskutierten wir vielfältige Fragen rund um das Thema Wohnen im Alter. Ganz klar wurde dabei, dass mit unserer immer älter werdenden Gesellschaft die Frage nach der Finanzierung von Pflege und Betreuung neu gestellt werden muss. Das gehört als Daseinsvorsorge in die Verantwortung des Staates und darf nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung folgen.

Gespräch mit dem VdK

Der geschäftsführende Vorstand des VdK-Kreisverbands Heidenheim unter neuer Führung von Wolfgang Klook besuchte mich in meinem Wahlkreisbüro und thematisierte die für ihn derzeit brisanten Fragen. Dazu gehörten auch die Themen Wohnen und Pflege im Alter und vor allem die Gesundheitsversorgung im Landkreis durch Hausärzte in den Kommunen und das Klinikum.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
 Redaktion: Danjela Folberth
 Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
 Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
 E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
 Internet: www.andreas-stoch.de